

Europarat verstärkt Kontakte

Beschluß der 15 Außenminister in Paris gegen „zentrifugale Tendenzen“

Paris (dpa/upi/ap). Die Außenminister der fünfzehn Länder des Europarats haben nach über sechsstündigen Beratungen einstimmig beschlossen, ihre Außenpolitik stärker als bisher zu koordinieren. Wie aus Teilnehmerkreisen verlautete, soll die politische Diskussion im Ministerausschuß des Europarats, die praktisch seit zwei Jahren ruht, wieder aufgenommen und vertieft werden.

Der Ministerausschuß folgte mit seiner Entscheidung der Mahnung des Generalsekretärs des Europarats, Benvenuti (Italien), der sich gegen die „zentrifugalen Tendenzen“ in der gesamten europäischen Politik gewandt und eine stärkere Koordinierung der Außenpolitik aller fünfzehn Staaten befürwortet hatte. Die Außenminister sprachen sich auch dafür aus, die Tagungen der zahlreichen europäischen Organisationen zeitlich besser aufeinander abzustimmen. Brentano unterstützte nachhaltig die Anregungen Benvenutis. Dagegen konnten sich die Außenminister für die von der Beratenden Versammlung des Europarats befürwortete Verschmelzung des Europäischen Wirtschaftsrats (EWG) mit dem Europarat nicht erwärmen.

Frankreich verärgert

Die Verstimmung zwischen Frankreich und den USA, die durch eine harte Kritik des amerikanischen Generals Twinning an der NATO-Politik de Gaulles entstanden war, konnte einen Tag vor dem Beginn der NATO-Ratstagung in Paris noch nicht beigelegt werden. Der französische Außenminister Couve de Murville brachte in einem Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen Herter die Verärgerung Frankreichs zum Ausdruck. Er kritisierte auch, daß sich die USA bei der Abstimmung über die Algerien-Resolution in der UNO-Vollversammlung der Stimme enthalten

haben. Herter soll erklärt haben, daß zwischen den Auffassungen der USA und Frankreichs über die NATO „tiefgreifende Differenzen“ bestünden.

Außenminister Couve de Murville erklärte Herter dem Vernehmen nach, daß es für Frankreich „schwer verständlich“ sei, warum sich die USA in der UNO zu einer Stimmenthaltung entschlossen hätten. Da die Vereinigten Staaten bisher Präsident de Gaulles Politik, die auf eine Beendigung des Algerien-Krieges durch die Gewährung der Selbstbestimmung an die Algerier abziele, unterstützt hätten, könne Frankreich nicht begreifen, warum sie jetzt nicht gegen die Resolution gestimmt hätten, in der politische Verhandlungen mit den Aufständischen gefordert wurden. Herter soll darauf erwidert haben, daß die USA es sich nicht erlauben könnten, gegen die jungen Nationen Afrikas und Asiens Stellung zu nehmen, indem sie gegen eine in den Augen Washingtons verhältnismäßig harmlose Entscheidung stimmten.

Neuer Abrüstungsplan

Die NATO-Frage dürfte auch bei der Unterredung zwischen Spaak und Herter eine Rolle gespielt haben. Eine Begegnung Herters mit dem NATO-Oberkommandierenden General Norstad gehört in den gleichen Zusammenhang.

Der britische Außenminister Lloyd, der zusammen mit Verteidigungsminister Watkinson in Paris eingetroffen war, lehnte

es ab, zu der amerikanisch-französischen Kontroverse über den Bericht Twinings Stellung zu nehmen. Auch Lloyd suchte seinen amerikanischen Kollegen Herter auf. Wie aus unterrichteten Kreisen zu erfahren war, wurde dabei ein neuer westlicher Plan zur Förderung der Abrüstung erörtert.

„Frieden in Waffen“

Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte vor dem „Studienzentrum für auswärtige Politik“ in Paris, die NATO-Konferenz werde erweisen, daß die USA zu ihren Bündnisverpflichtungen stehen. Sie würden in Zukunft allerdings schärfer auf die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen durch die Allianzpartner drängen. Strauß bekräftigte die Friedenspolitik der Bundesregierung mit den Worten: „Wir bekennen uns zum Frieden, allerdings zu einem Frieden in Waffen, solange diese Waffen zur Selbstverteidigung unentbehrlich sind.“

Störfeuer aus Moskau

Die Sowjetunion hat die Bundesrepublik beschuldigt, ihre Mitgliedschaft in der NATO zur „unablässigen Aufrüstung“ zu benutzen. Der sowjetische Geschäftsträger in Bonn übermittelte laut tassa auf Anweisung Moskaus einen entsprechenden Protest beim Bonner Außenministerium. In dem Dokument heißt es, die Politik der Bundesregierung gebe keine Veranlassung zu glauben, daß sie tatsächlich eine friedliche Bereinigung der Nachkriegsprobleme auf dem kommenden Ost-West-Gipfeltreffen wünsche. Westliche Diplomaten erklärten in Bonn, Moskau wolle mit seiner Note Zwietracht innerhalb der Westmächte säen.

Weniger NATO?

DT. Die NATO, bisher im Barackengebäude am Pariser Trocadero untergebracht, hat jetzt ihren Arbeits- und Beratungspalast am Bois de Bologne in der französischen Hauptstadt. Gezahlt dafür haben alle Teilnehmer des Bündnisses. Auch die Bundesrepublik, deren Minister zu dieser Dezember-Tagung des Atlantikrates freilich nicht so frohgestimmt führen, wie es dem Einweihungsfest für einen so stabilen und soliden Bau zukäme. Als man sich voriges Jahr in den Vorweihnachtstagen in Paris traf, da erlebte der Rat der fünfzehn Staaten eine starke Bewegung. Er fühlte sich, offensichtlich zum erstenmal seit seinem Bestehen, vor die Bewährung des Bündnisses gestellt. Die Bedrohung Berlins empfand die NATO als eine Bedrohung der Freiheit überhaupt, zu deren Verteidigung sie sich zusammengeschlossen hatte. Diese sehr entschiedene Reaktion der europäischen-atlantischen Staaten war die erste bedeutende Demonstration der NATO. Sie blieb die bisher einzige.

★

Es spräche für die Wirkungskraft unserer westlichen Verteidigungsgemeinschaft, wenn seit der Demonstration vom Vorjahr die Gefahr verschwunden wäre. Der Augenschein zeigt das Gegenteil. Die Gefahr ist schwerer zu übersehen. Sie tritt auch in Gebieten auf, die den Interessensphären der NATO-Länder entfernter liegen. Und sie wird umschleiert von der weltweiten Flüsterparole, man dürfe jetzt nichts Vorsorgliches tun, was der sich entwickelnden Entfrostung zwischen den führenden Mächten in Ost und West hinderlich sein könnte. Dies alles trägt dazu bei, daß die Atlantikpakt-Organisation bis vor kurzem um ein eigentliches Thema für ihre Dezember-Konferenz verlegen schien. Die politischen und militärischen Sachwalter der NATO freilich, Generalsekretär Spaak und General Norstad, rangen angesichts des Desinteresses und der Flaute, die über die atlantisch-europäischen An-

strengungen strichen, die Hände. Spaak war im vorigen Monat in Amerika. Was er von dort an Stimmungen herüberbrachte in sein Pariser Direktionsbüro, hat ihm noch mehr zum mahnenden Einpeitscher in Europa gemacht. Der Generalsekretär der NATO deutet politisch, was der Militärchef Norstad seit langem, immer dringlicher werdend, verlangt. Die an der Spitze der NATO-Organisation Stehenden erklären sie in ihrem gegenwärtigen Zustand als unzureichend für jede Abwehr bei jeder Bedrohung. Zur alten Erkenntnis fügen sie jetzt — und gerade jetzt — die Forderung, daß aus der Bekenntnis-Solidarität in Europa selbst nun sehr rasch die ernsthafteste Sach-Solidarität zu treten habe.

★

Bis vor kurzem bestand wenig Aussicht, daß die NATO-Länder die Appelle ihrer führenden Organisatoren mit mehr als freundlichem Beifall quittieren würden. Zwischen Camp David und heute ist aber mancherlei geschehen: Mancherlei, was die Einsichtigen zu einer schmerzlichen Überprüfung ihrer Sicherheitsvorstellungen zwingt. Das gute Gefühl, man sei, was immer geschehen möge, ja seiner amerikanischen Freunde in jeder Stunde sicher — dies gute Gefühl verlangt eine Korrektur. Nicht so, daß Eisenhower und Staatssekretär Dillon um die Erde reisen, um sich von Europa zu verabschieden. So ist es nicht. Die Amerikaner wollen sich nicht aus dem großen europäischen Engagement zurückziehen. Die amerikanische Politik aber zielt darauf, uns Europäer zu einer wirklich größeren Leistung für Europa und für das Bündnis mit Amerika zu verpflichten. Die Amerikaner wollen nicht weniger für Europa tun. Sie wünschen aber, daß wir mehr dafür tun. Wenn in diesem Zusammenhang von möglichen Truppenrückführungen nach Amerika gesprochen wird, so ist dies, wie die Leute aus dem Pentagon bestätigen, in der Sache falsch. In der Idee aber zieht in Amerika jetzt eine Meinung durch das Land, daß die europäischen Staaten sowohl militärisch als auch wirtschaftlich durch Übernahme von größeren Zahlungen nun die Sicherheit des Westbündnisses ver-

stärken sollen. Psychologisch schafft dies wohl bei uns den Eindruck, die amerikanische Feuerwehr, auf die sich die Europäer so gern und etwas leichtfertig verlassen, wolle nicht mehr im Alleingang da sein, wenn ein Brand in unserem Hause zu löschen ist.

★

Die Leute, die diese Aufforderung Amerikas an uns und alle seine europäischen Verbündeten als ein Zeichen für das Schwinden der Gefahr ansehen möchten, sehen die politischen Realitäten nicht. Der Atlantikpakt wird im Gegensatz davon beeindruckt sein, wie die Gefahren jetzt eine Verlagerung des Leistungsgewichts auf die europäischen Staaten fordern. Die Bundesrepublik wird von solchem Verlangen durch Amerika besonders betroffen werden. Sie wird es aber auch gewiß am tiefsten verstehen und respektieren. Man kann wohl auch erwarten, daß im Licht dieser politischen Gruppierungen die NATO-Ketzerei des französischen Staatspräsidenten zu Ende geht. Daß de Gaulle im Grunde seines national-gläubigen Herzens dem Integrationsgedanken der NATO fremd gegenübersteht, hat er erst vor kurzem wieder vor den französischen Kriegsschülern erklärt.

★

Eine Reform der NATO wäre von Nutzen, wenn sie aus dem bürokratischen Mechanismus einer 15-Staaten-Organisation einen lebendigen und starken Funktionskörper formen könnte. Das ist gewiß nicht zu bekommen nur durch eine Neuverteilung der militärischen und wirtschaftlichen Lasten innerhalb der fünfzehn Staaten. Eine Reform, die das Nebeneinander der Fünfzehn durch ein tatkräftiges Füreinander überwindet, verlangt die Einsicht, daß die starken amerikanischen Führungskräfte nicht das einzige Potential des Bündnisses sein können. Steckengeblieben ist bisher immer der Versuch, in die NATO auch eine starke politische Organisation der Solidarität einzubauen.

Man kann auf die Entspannung manche Hoffnung setzen. Aber nur, wenn man die eigenen Kräfte stärkt. Deshalb ist nicht weniger, sondern mehr NATO das Gebot der Stunde.

Dillon — Herters bester Mann

Vom Bankier zum Unterstaatssekretär — Wirtschaftspolitik sein Steckbrief

H. St. Washington (Eigenbericht). Sagen wir es rund heraus: Clarence Douglas Dillon ist wohl der beste Kopf im amerikanischen Außenministerium, ein ideenreicher Intellektueller und geschickter Unterhändler, der Gedächtniskünstler, der selbst Kleinigkeiten im Kopf hat, sei es die letztjährige Kreditsumme für Nikaragua oder die Vornamen des siamesischen Generalkonsuls in Chicago. Dillon ist der Mann, der sich im Handumdrehen das Vertrauen des amerikanischen Kongresses erobern konnte und dessen Wort im In- und Ausland jedermann traut.

Dillon selber, erfolgreicher Bankier und Sohn eines erfolgreichen Bankiers, genießt, wie er offen zugibt, sein Staatsamt aus vollem Herzen. Er hofft, daß er, obwohl nur politischer Angestellter und nicht regulärer Beamter, nach Präsident Eisenhowers Ausscheiden von dessen Nachfolger im Amte belassen werden wird — ja, daß er sogar nicht zögern würde, im Staatsdepartement oder als Botschafter auch unter einem demokratischen, also „gegnerischen“, Präsidenten zu dienen.

Vor genau fünfzig Jahren in Genf geboren — wo seine Eltern, alte New-Yorker, einen längeren Sommeraufenthalt eingeschoben hatten —, absolvierte Dillon Amerikas beste Privatschulen und Amerikas beste Privatuniversität, Harvard, wie es sich für den Sohn von Clarence Dillon, Seniorpartner der führenden Privatbank Dillon, Read & Co., gehörte. Natürlich trat der Sohn in das Bankhaus des Papas ein, er war dort bereits im Alter von 29 Jahren auf einem Direktorsessel angelangt. Acht Jahre später wurde er Generaldirektor der Firma. Aber alles das ist nicht sehr wichtig.

Botschafter in Paris

Wichtig erscheint, daß er im zweiten Weltkrieg in der amerikanischen Flotte bis zum Korvettenkapitän (d. h. Majorsrang) aufstieg, daß er sich in seinem Bankhaus nicht nur durchsetzte, weil er der Sohn seines Vaters war, sondern weil er ungewöhnliche Geistesgaben

und Arbeitsqualitäten entwickelte, und daß er sich auch in staatlichen Ehrenämtern und Positionen in der Republikanischen Partei betätigte. Er gehörte zu jenen New-Yorker Finanzkreisen, die von 1950 an General Eisenhower für die republikanische Präsidentschaftskandidatur vorschlugen — und er erhielt die Belohnung dafür Anfang 1953, als der neugewählte Präsident ihn zum amerikanischen Botschafter in Paris machte. Dillon bewährte sich auch hier, so daß Dulles, sein unmittelbarer Vorgesetzter, ihn 1957 ins Staatsdepartement rief, als stellvertretender Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen. Dulles wußte, daß er einen Mitarbeiter mit großen Erfahrungen in Außenhandels-, Zoll-, Auslandsinvestitions- und Auslandskreditfragen berufen hatte. Von dieser Position, dem Mann Nummer Vier im Staatsdepartement, ist er jetzt unter Herter zum Mann Nummer Zwei, also Herters unmittelbarem Vertreter, aufgerückt.

Kredite für Polen

Aber Dillons Hauptaufgabengebiet ist immer noch die Wirtschaftspolitik. Er ist der Vater des neuen amerikanischen Kre-

ditfonds für unterentwickelte Länder, er hat — gegen erhebliche Widerstände — die amerikanischen Kredite für Polen durchgehoben, und er formulierte die amerikanische Politik für die Zollgruppe „GATT“. Auch leitete er die großzügigen Währungs-Hilfsaktionen für Indien ein und setzte durch, daß Amerika dringend notwendige Beitragserhöhungen bei Weltbank und Weltwährungs-Fonds beantragte. Er ist der Vater der neuen amerikanischen Kreditbank für Lateinamerika und hat von Anfang an dafür gesorgt, daß Amerika der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der „Sechs“ seinen Segen gab, trotz vieler Bedenken in amerikanischen Exportkreisen. Dillon steht auch jetzt im Vordergrund der amerikanischen Bemühungen, einen innereuropäischen Handelskrieg zwischen den „Sechs“ und den „Sieben“ zu verhindern — was der Zweck seines gegenwärtigen Europa-Besuches ist. Jung, aktiv, wendig, weitsichtig und scharfsinnig, ist er Herters bester Mann im Amt — und ganz Amerika ist Dillon dankbar dafür, Wallstreet mit Washington vertauscht zu haben.

Müller-Jabusch 70 Jahre

Maximilian Müller-Jabusch, Chefredakteur am „Abend“, wurde am 14. Dezember siebzig Jahre alt. Er gehört zu den ewig jungen Publizisten, die das geistige Leben Berlins mitgestaltet und mit geprägt haben. Er hat in Berlin nicht ein Leben sondern drei Leben gelebt: das kaiserliche Berlin und die Republik, danach hat er das Böse des nationalsozialistischen Staates erfahren müssen; er ist unbeirrt durch Schicksalsschläge an den Aufbau dieser Stadt herangegangen. So wie er während der Hitlerzeit ein Gegner aller totalitären Bestrebungen war, so war er es mit dem gleichen Recht, als die Sowjets und ihre deutschen Helfershelfer in Westberlin der Pressefreiheit und der Koalitionsfreiheit zu

Leibe gehen wollten. Der Berliner Presseverband hat ihm für diese mutige Haltung die Ehrenmitgliedschaft verliehen, der Bundespräsident für seine Aufbauarbeit das Große Verdienstkreuz. Der Journalist Müller-Jabusch trat nach dem ersten Weltkrieg an führender Stelle für eine außenpolitische Verständigung ein; dann warb und wirkte er jahrelang für die Berliner Wirtschaft. Hitler unterbrach seine Berufsarbeit und steckte ihn in ein Zwangsarbeitslager. Müller-Jabusch ließ sich nicht unterdrücken; er verlor seinen Humor nicht und steckt auch heute noch voll von köstlichen Geschichten und Einfällen. Dieser Mann eigener Prägung hat dem Journalismus in Berlin ebenso wie der Politik in dieser Stadt wertvollste Kräfte zugeführt. K. B.

Wo er nicht weht

DT. Während in den Kellern der ungarischen Gefängnisse das Töten und Rächen drei Jahre nachdem der Aufstand niedergeschlagen wurde, noch immer anhält, unterzieht sich die Weltorganisation der Vereinten Nationen einer Aufgabe, um die sie nicht zu beneiden ist: sie debattiert über Ungarn. Muß man diese Debatte nicht für einen Unfug halten, bei dem nicht mehr als ein allgemeines Palaver herauskommt und die niemand, am wenigsten Ungarn, nützt?

Zu einem Zeitpunkt, da West und Ost sich mitten im Vorfrühling der Gipfelkonferenz befinden und der „Geist von Camp David“ den glitzernden Frost des kalten Krieges in unzählige fröhliche Taupfropfen aufzulösen sich anschiekt, muß da nicht das dunkle Kapitel Ungarn einen Rückschritt in der Ost-West-Annäherung bewirken?

Wie eine „tote Ratte steckt Ungarn gewissen Leuten in der Kehle“, hat Chruschtschow auf seiner Amerika-Reise in scharfem Ton einem amerikanischen Journalisten geantwortet und dabei zu erkennen gegeben, daß kein anderes Thema wie dieses geeignet sei, sein Liebeswerben um Amerika ernsthaft zu gefährden. Und nun ist es gerade der amerikanische UNO-Delegierte Henry Cabot Lodge, der im Lenkungsausschuß für diese vierte Ungarndebatte mit Nachdruck plädiert und mit den Vertretern der Sowjetunion vor dem Weltforum die scharfe Klinge kreuzt. Gewiß bleibt es nicht ohne Eindruck gerade auf die kleinen Nationen Asiens und Afrikas, wenn der Repräsentant einer Weltmacht die sowjetische Vergewaltigung des ungarischen Volkes in allen Details schildert und als schweren Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker brandmarkiert.

Lodge nimmt kein Blatt vor den Mund. Er war es, der schon 1957/58 von 76 an der Abstimmung teilnehmende Mächte zur Annahme einer Entschließung bewog, mit der die Sowjetunion als Aggressor verurteilt wurde. 60 von 80 Völkern verurteilten Moskau und das Kadar-Regime noch einmal im September 1957. In der zweiten Entschließung

stehen so schwerwiegende Sätze wie diese: „Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß das gegenwärtige ungarische Regime dem ungarischen Volk durch die bewaffnete Intervention der Sowjetunion aufgezwungen wurde, und daß die Sowjetunion Massendeportationen ungarischer Bürger nach der Sowjetunion ausgeführt hat.“

Man muß heute feststellen, daß Moskau mit Hilfe des Kadar-Regimes seine Position in Ungarn weiter ausgebaut und befestigt hat. Hier findet der „Geist von Camp David“ offensichtlich nicht statt. Hier hat er nicht zu wehen, weil er sich dem Konzept Chruschtschows nicht einfügen will. In diesem Konzept sind Tabu-Zonen vor-

gesehen, über die nicht, oder nur in einer Sprache gesprochen wird, die keine Hoffnung auf weltweite Entspannung oder auf den Abbau des kalten Krieges läßt.

Der Geist aber ist unteilbar. Es kann daher keinen begrenzten Frieden und keine auf Teilprobleme beschränkte Versöhnung geben. Die Befürchtung, die Vereinigten Staaten könnten der sowjetischen Koexistenz-Dialektik weiter folgen, als der Sicherung unserer Freiheit zuträglich ist, wurde durch die Haltung seines UNO-Delegierten Cabot Lodge erneut gestreut. Es liegt nun bei Moskau, endlich zu beweisen, ob es bereit ist, dem Geist, der für den Gipfel not tut, die schwersten Fesseln zu nehmen.

„Ich kann nur sagen: Mahlzeit!“

Rektor der Universität Greifswald über Lebensstandard

Berlin (dpa). Eine bemerkenswerte Schilderung der „Erfolge“ bei den Bemühungen, den westdeutschen Lebensstandard zu erreichen und zu überholen, hat kürzlich der Rektor der Universität Greifswald, Professor Dr. Hans Wehrli, auf einer Aussprache mit Funktionären der SED und des Rates der Stadt gegeben.

Wie das Informationsbüro West meldet, nahm Wehrli Bezug auf eine Darstellung der Wirtschaftslage im Bezirk Rostock durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Harry Tisch, und meinte, er habe „ein gewaltiges Bild von dem gegeben, was in den nächsten sieben Jahren geschaffen werden soll“. Aber, so sagte der Rektor weiter, darüber dürften die Kleinigkeiten nicht vergessen werden, „die unser Leben erst lebenswert machen und von großer politischer Bedeutung sind“.

Professor Wehrli habe dann seine Erfahrungen bei einem Besuch österreichischer Wissenschaftler in der Universitätsstadt beschrieben. „Die einzige Gaststätte, die in der Stadt geöffnet war, war die ‚Hütte‘. Der Ratskeller war zu, und das Klubhaus hatte die HO wegen Personalmangels zugemacht.“ In der „Hütte“, schilderte Wehrli weiter, habe er sich die Speisekarte geben lassen. „Es war eigentlich nicht nötig, die

Speisekarte bestand aus der Tageskarte. Da war noch zu haben Tomatensuppe mit Reis. Ich fragte, ob es nicht etwas Kaltes gäbe. Der Ober sagte: Ich will mal in der Küche nachfragen. Er kam wieder: Nichts! Weder Käse noch Wurst war zu bekommen.“ — „Ich kann euch versichern, liebe Freunde“, rief Professor Wehrli seinen Gesprächspartnern zu, „ich bin vor Scham bald in den Boden gesunken. Ich konnte nichts mehr darauf antworten. Ist es notwendig, daß wir unsere DDR so blamieren?“

Den Einwand, daß diese Schilderung ein falsches Bild zeichne, weil es sich „sicher um einen Einzelfall handle“, wies Professor Wehrli zurück: „Seit drei Jahren habe ich mit der Leitung in dieser Frage schon große Auseinandersetzungen gehabt. Wir haben auch schon einmal einen Minister für Handel und Versorgung extra deswegen nach Greifswald gebeten, und der hat auch prompt festgestellt, daß die Zustände nicht erfreulich sind. Aber geändert hat sich seit drei Jahren nichts.“ Zu den Worten des „hochverehrten ersten Sekretärs Walter Ulbricht“, die Partei wünsche, daß immer mehr Werktätige gemeinsam mit ihren Familien nach Feierabend und am Wochenende in der Gaststätte essen, könne er nur sagen: „Mahlzeit!“

Als wäre nie eine Revolution gewesen

Zur Ausstellung „Sowjetische Kunst der Gegenwart“ in Ostberlin

DT. Berlin (Eigenbericht). Iija Ehrenburg schildert in seinem vielbeachteten Roman „Tautewetter“ unter anderem einen sowjetischen Maler — er nennt ihn Saburow —, der sein ärmliches und unbeachtetes Dasein dem Umstand verdankt, daß er Bilder malt, die nicht der offiziellen Linie des sozialistischen Realismus entsprechen und daher weder ausgestellt noch an den Markt aufgeführt werden. Das Buch erschien in der Sowjetunion am Beginn einer Periode der allgemeinen Liberalisierung, die zu der Hoffnung Anlaß gab, daß auch die Reglementierung der

die in den letzten zwei Jahren entstanden — der Betrachter fühlt sich jedoch fast in einen gutbürgerlichen Salon der Zeit von der Jahrhundertwende versetzt. Zumeist kalte, trockene Farben, in der Manier der akademisch-naturalistischen Ateliermalerei verwandt, mit erzählerischer Akribie gefüllte Leinwände, Plastiken mäßiger Rodin- und Klinger-Nachfolge und grafische Illustrationen im Stile der Gartenlaube sollen die Kunst eines großen Volkes repräsentieren.

Nur wenige Maler, so der durch zwei angenehm auffallende Werke vertretene Lette Kalnroze-Rozenberg (Jahrgang 1894), benutzen Licht und Farbigkeit oder beschränken sich wie der 57jährige Stalinpreisträger Jakob Romas in seinen ägyptischen Reisebildern auf großzügigere Linien und Flächen.

Zonenpresse schwelgt

Rezensionen der sowjetzonalen Presse äußern sich enthusiastisch über diese Ausstellung. Versuchen wir den Ursachen dieses Euphemismus nachzugehen, indem wir einmal die Maßstäbe kommunistischer Ästhetik anlegen. Sergej Gerasimow, 1. Sekretär des Verbandes bildender Künstler der UdSSR, der in der Ausstellung ein fleißiges Blumenstück vorweist, sagt in einem kürzlich erschienenen Aufsatz: „Erste Pflicht der Kritik ist es, die Kunst von den Positionen der Partei aus zu betrachten.“

Der Ostberliner Katalog gibt über diese Positionen Auskunft: „Der sozialistische Künstler wendet sich der revolutionären Entwicklung zu. Er erkennt die neue Qualität, die sich mit dem Sieg der Arbeiterklasse im ökonomischen, gesellschaftlichen, Politischen und Moralischen entwickelt hat und weiter entwickelt. Diese neue Qualität bildet den Inhalt der Kunst, um den es einzig und allein heute geht.“

Das Primat des Inhalts wird von der sowjetischen Kunsttheorie seit langem betont und gefordert. Da die Ideologie des

Marxismus-Leninismus der bildenden Kunst eine erzieherische und politische Funktion zuerkennt, verbieten sich subjektive Reflexionen oder dekorative Elemente von selbst; der Künstler ist angehalten, zu allen gesellschaftlichen aktuellen Fragen Stellung zu nehmen und Veränderungen der Lebenserscheinungen getreu in seinen Werken zu registrieren.

Betrachtet man nun die Sujets der Ostberliner Ausstellung unter diesem Gesichtspunkt, so ergibt sich, daß trotz vielfältiger und detaillierter Schilderung von Arbeitsprozessen in der Industrie und Landwirtschaft der Typ des Genrebildes überwiegt. Die ausführlich erzählende Darstellungsweise verleiht auch Gießereien und Bahnhöfen den Anstrich einer gemütvollen Idylle.

Weniger „Führerbilder“

Als Auswirkung einer gewissen Liberalisierung ist im Gegensatz zu früheren Ausstellungen allerdings das Fehlen repräsentativer Führerporträts und der verhältnismäßig geringe Anteil pathetisch-historischer Motive festzustellen. Die geforderte Widerspiegelung des neuen Lebens findet man jetzt hauptsächlich in der Abbildung ländlicher Feste, einzelner arbeitender Menschen und landschaftlicher Themen. Die Wiederentdeckung des Privaten fällt auf, sogar einem Aktbild begegnet der Ausstellungsbesucher. Ist damit das „Programm“ erfüllt, das nach Gerasimows Worten „von den Meistern der Kunst die Schaffung einer Kunst der kühnen Gedanken, der heißen Gefühle und der edlen Leidenschaften“ fordert?

Anfang der zwanziger Jahre empfing die europäische Kunst wertvolle Impulse aus dem jungen Sowjetstaat. Seine Architekturen beeinflussten mit ihren kühnen konstruktivistischen Ideen das Bauhaus, noch heute gilt Leonidows Entwurf für ein Lenin-Institut von 1920 als Markstein der modernen Baukunst. Damals war man nicht der Ansicht, daß die neuen For-

Fortsetzung auf Seite 6

Stinkende HO-Wurst

Berlin (Eigener Bericht). Bereits stinkendes Fleisch ist allemal gut genug, um der Bevölkerung in der Zone zum Genuß angeboten zu werden. Diesen Standpunkt vertrat der Leiter der Dresdner HO-Gaststätte „Stadthalle“. Bei einer Hygieneinspektion waren annähernd 30 kg Bock- und Bratwürste im Küchenbetrieb vorgefunden worden, die nach einem Bericht der Ostpresse bereits zersetzt waren und „einen üblen Geruch ausströmten“. Der HO-Leiter meinte, die Ware könne nach entsprechender Bearbeitung den Gästen noch angeboten werden. Es war für ihn völlig unbegreiflich, daß von dieser allgemeinen Regel abgewichen wurde und die Polizei die Ware beschlagnahmte.

Kunst gemildert werden würde. Im Anschluß an den XX. Parteitag der KPdSU Anfang 1956 fanden klärende Aussprachen statt, und im gleichen Jahr konnten die Moskauer eine Picasso-Ausstellung besuchen.

Im bürgerlichen Salon...

Die Ausstellung „Sowjetische Kunst der Gegenwart“ aber, die jetzt in den Räumen des „Pavillons der Kunst“ in Ostberlin die Werke mitteldeutscher Maler und Bildhauer ablöst, enthält noch immer keine Bilder „Saburows“. Es sind Gemälde, Grafiken und Plastiken,

Furcht und Elend

DT. „Furcht und Elend des vierten Reiches“ hieß eine Nummer im Jubiläumsprogramm der „Stachelschweine“. Nicht nur deren Titel lehnte sich an Bert Brechts Stück „Furcht und Elend des dritten Reiches“ an, sondern die ganze Nummer war diesem Stück entnommen — wobei leichte Veränderungen genügt hatten, die Verwandtschaft zwischen den Zuständen unter der Naziherrschaft und denen in Ulbrichts Machtbereich beklemmend zu verdeutlichen. Nicht unerlaubt jedoch hatten sich die „Stachelschweine“ am geistigen Eigentum einer der intellektuellen Hauptstützen jenes nur aus Angst und Furcht existierenden Systems in der Sowjetzone vergriffen, sondern gegen Bezahlung von 300 DM auf den Tisch des Verlagshauses Suhrkamp in Frankfurt (nicht an der Oder, sondern am Main). Dabei dürfte auch dem letzten Verlagslehrling von vornherein klar gewesen sein, daß die Szene nicht unverändert, sondern so oder so als Parodie über die Bühne gehen würde — und wer nicht ganz unbedarft war, konnte sich selbst die Schußrichtung ausrechnen.

Es ist daher mehr als merkwürdig, wenn jetzt der Verlag, der die „Stachelschweine“ und das, was sie treiben, ohne jeden Zweifel gekannt hat, ihnen telegrafisch jede weitere Auf-führung untersagt und sich „alle weiteren juristischen Schritte“ vorbehält. Er wird sich gefallen lassen müssen, daß sofort der Verdacht auf Einflußnahme oder gar Druck aus Richtung Pan-kow auftaucht. Dieser Verdacht erhält Nahrung dadurch, daß die Sonnabend-Vorstellung der Berliner Kabarettisten durch den Besuch des SED-Kronjuristen Dr. Kaul ausgezeichnet war, während am Sonntag das Verbot erfolgte — auch wenn der Verlag einen Zusammenhang bestreitet.

Doch angenommen, es besteht tatsächlich kein Zusammenhang — Welch merkwürdige Geistesverfassung spricht dann aus dem Verhalten des Verlages! Wird nicht die Überzeugung genährt, daß bestimmten Kreisen nur die Bundesrepublik, ihre Einrichtungen und Persönlichkeiten kabarettwürdig — und

das nach Kräften — erscheinen, daß man aber zusammenzuckt, wenn Ulbricht und Genossen mal ein wenig heimgeleuchtet wird? Natürlich entbehrt es nicht einer gewissen Pikanterie, daß ausgerechnet Bert Brecht so leicht dazu zu benutzen ist, „Furcht und Elend“ des nicht zuletzt von ihm gestützten Systems deutlich werden zu lassen — so deutlich, daß es offen-

bar an verschiedenen Stellen schmerzt.

Als „Kalte Krieger“ mit Bert Brecht als Waffe in diesem Krieg bezeichnet zu werden, wie es vom Suhrkamp-Verlag geschah — das hätten sich die „Stachelschweine“ sicher nie träumen lassen. Vielleicht, wenn sie wirklich Mut haben, entnehmen sie dieser denkwürdigen Situation den Stoff für eine Ersatznummer.

Als wäre nie eine Revolution gewesen

Fortsetzung von Seite 5

men den revolutionären Ideen widersprächen: die aus dem westlichen Ausland heimkehrenden Künstler, unter ihnen Kandinsky, Chagall, die Brüder Pevsner, wurden mit offenen Armen aufgenommen. Chagall war sogar zum Kunstkommissar von Witebsk ernannt worden, und auf der großen Kunstschau 1919 in Leningrad räumte man ihm einen ganzen Saal ein. Der von Italien ausgehende Futurismus fand in der Sowjetunion den stärksten Widerhall.

In Stalins Fahrwasser

Die Namen jener Künstler, die der revolutionären Begeisterung adäquaten Ausdruck verliehen — El Lissitzky, Tatlin, Larinow und Malewitsch —, gelten heute nichts mehr in ihrer Heimat. Die kommunistische Ideologie behauptet zwar, das Rad der Geschichte könne nicht zurückgedreht werden — die sowjetische Kunsttheorie jedoch tut es, indem sie einfach fünfzig Jahre künstlerischer Entwicklung leugnet oder als ephemere Verirrung abtut.

Unsere Kritik wäre ungerecht und uns bliebe lediglich die Registrierung eines Phänomens, wenn wir sicher sein müßten, daß die konservative Manier dem tatsächlichen Stilwillen der sowjetischen Künstler entspräche. Daß sie eine andere Technik wohl beherrschen, wird andeutungsweise in der Ostberliner Ausstellung spürbar. Wladimir Gawrilow, der Schöpfer des oben erwähnten Aktbildes, ist mit zwei weiteren Gemälden vertreten. Eines ist in der gleichen sentimental-akademischen Art gehalten, während das andere „Ein frischer

Tag“, Züge impressionistischer Gestaltung zeigt.

Beweise für die immer noch wirksame Emanation westeuropäischer Kunst in der Sowjetunion gibt uns der schon mehrfach zitierte Kunstpapst Gerassimow. Er rügt in seinem Aufsatz „die ungesunden Interessen in den Kreisen junger

Deutsche bauen mit

Bonn (ap). Die deutsche Beteiligung am Bau des Assuan-Staudammes scheint endgültig gesichert zu sein. Bundeswirtschaftsminister Erhard hatte Besprechungen mit deutschen Bankiers und Industriellen, deren Firmen Angebote auf die Ausschreibungen für den zweiten Bauabschnitt abgegeben haben. Erhard glaubt, daß bis zu Ende Januar alle Fragen geklärt sind.

Künstler“ und stellt fest, daß nicht nur sie sich im Anschluß an die 1956 erfolgten Diskussionen „begeistert oberflächlichen, formalen Experimenten und seichten Themen, die den Grundproblemen der Gegenwart sehr fernstanden“, zuwandten.

Aus dieser Kritik wird ersichtlich, daß der stalinistische Kurs im Bereich der bildenden Kunst wiederzukehren scheint. Nicht zufällig ist auch der Zeitpunkt der Ostberliner Ausstellung: In Kürze soll ein Kongreß des sowjetzonalen Verbandes bildender Künstler stattfinden. Stimmen, die die sowjetischen Kunstwerke als vorbildlich bezeichnen, lassen keinen Zweifel daran, daß die sowjetische Linie auch für die mitteldeutschen Künstler in verstärktem Maße wieder verbindlich werden wird.

Neuß — erste Stadt ohne Wohnungsamt

Das Experiment ist geglückt: Jeder Bürger kann umziehen, wohin er will

D. H. Neuß (Eigenbericht). Der „Lücke-Plan“ sieht bis 1963 den stufenweisen Abbau der Wohnraumbewirtschaftung vor. Den Optimismus hat jetzt eine Untersuchung des Deutschen Industrie-Institutes in Köln untermauert. Danach ist 1963 das Ende der Wohnungsnot zu erreichen, wenn das gegenwärtige Bautempo eingehalten wird.

Dennoch hat der Lücke-Plan erbitterte Kritiker gefunden. Sie prophezeien für den Fall, daß die Wohnungsämter liquidiert werden, den Mietern schlechte Zeiten. „Die Möbelwagen der Bundesrepublik würden nicht ausreichen“, war zu hören. Es sei zu befürchten, daß viele Hauswirte nichts Eiligeres zu tun hätten, als zu kündigen, sobald sie könnten.

Solchen Einwänden begegnen die Befürworter des Lücke-Planes jetzt mit dem „Musterfall Neuß“. Die 90 000 Einwohner zählende rheinische Hafenstadt „zwischen Kohle und Korn“ — wie es in den örtlichen Prospekten heißt — ist die erste Stadt ohne Wohnungsamt.

In der Eingangshalle des neuen Rathauses von Neuß führen die Buchstaben „Wohnungsamt“ auf dem Wegweiser ein Scheindasein. Die 27 Mann starke Behörde, die sich einmal allmächtig, gefürchtet und gelästert durch dieses Schild repräsentieren ließ, existiert nicht mehr. Man muß lange über die breiten Marmorstufen und Stockwerke gehen, bis man die letzten Relikte findet. Auf Zimmer Nr. 244 endlich sitzen der Verlungungsangestellte Tieves und das Fräulein von den Driesch. „Die Überlebenden?“ — „O nein, wir nehmen lediglich die Belegung der zweckgebundenen Wohnungen vor.“ Ihre Klienten sind nur noch Umsiedler und „SEZ“-Flüchtlinge.

„Mut muß man haben“

„Den Mut dazu muß man haben“, sagt der Neußer Beigeordnete Harry Arns. Er hat in seiner Stadt schon längst durchgesetzt, was der Lücke-Plan im großen anstrebt. Bereits 1950 hat der Rat der Stadt Neuß auf seinen Vorschlag hin beschlossen, die Wohnraumbewirtschaftung zu lockern. Der Beschluß war einstimmig.

Arns ist ein Mann aus der Wirtschaft. Vor dem Kriege hat

er eigene Betriebe im Rheinland und in England geführt. Bürokratischer Instanzengang ist ihm zuwider. Seine Methode, das Wohnungsamt zu liquidieren, bezeichnet er selbst als „unorthodox“. Das „Parkinsonsche Gesetz“ über die zwangsläufige Vermehrung der Bürokratie erhielt durch ihn einen argen Schlag. Er rief die 27 Angestellten des Neußer Wohnungsamtes zusammen und versprach allen denen ein Übergangsgeld von drei Monaten, die sich selbst eine neue Stellung suchen würden. Er betonte jedoch, daß die vorgesehene Reduzierung keine Kündigung bedeute. Innerhalb von acht Wochen hatten zwanzig eine Stellung außerhalb der Rathausmauern.

Seine Erfahrungen mit der Freigabe des Wohnraumes faßt er am liebsten so zusammen: „Jeder Neußer, der in den letzten Jahren umziehen wollte, ist umgezogen, wohin er wollte.“ Von den 28 000 Wohnparteien der Stadt haben 23 000 ihre Wohnungen freiwillig ohne wohnungsamtliche Verfügung gewechselt oder neu bezogen.

Neuß war nach dem Kriege zu 36 Prozent zerstört. 1950 lebten in der Stadt 63 500 Einwohner in 51 000 Wohnräumen. Seitdem hat Neuß in Nordrhein-Westfalen den relativ stärksten Bevölkerungszuwachs (41,5 Prozent). Bei der Stadtverwaltung ist man der Ansicht, daß die Neubürger nicht allein durch den steigenden Bedarf an Arbeitskräften nach Neuß geströmt sind. Man glaubt, daß der freie Wohnungsmarkt ebenfalls ein starker Magnet gewesen ist. „Vielen kam es wie das Paradies vor, sich ihre Wohnung einfach durch eine Zeitungsanzeige besorgen zu können.“

Wenig „Sorgenkinder“

Die Frage, ob durch eine solche Eigeninitiative die sozial Schwächeren oder die unbeholfeneren Wohnungssuchenden

nicht an die Wand gedrückt würden, verneint der Neußer Beigeordnete: „Wenn Sie die durch Selbsthilfe Untergekommenen vom Halse haben, wird die Zahl der Sorgenkinder von selbst klein.“

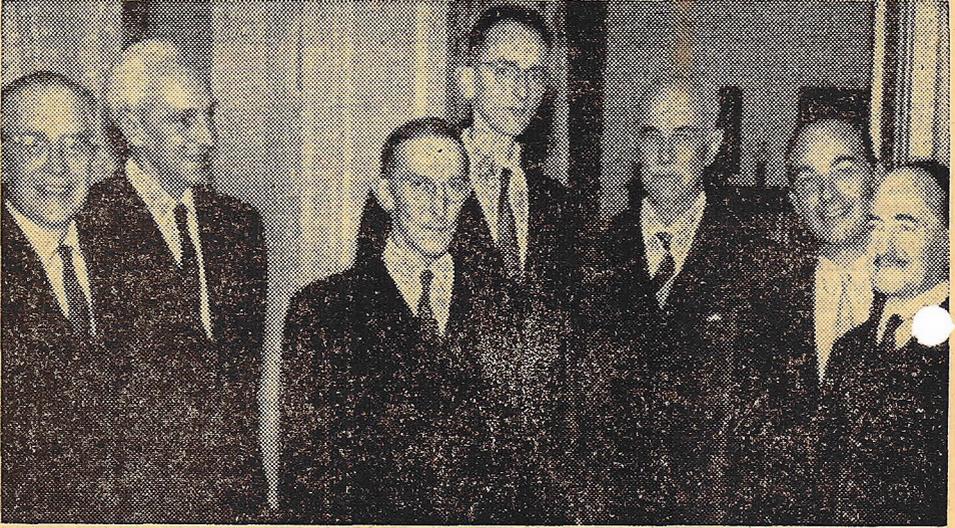
Die Ausschaltung des Wohnungsamtes vollzog sich in Neuß stufenweise. Zuerst wurden alle Wohnungen mit einem monatlichen Mietwert über 120 Mark freigegeben. Auch Einzelräume und untervermietete Zimmer entließ das Wohnungsamt aus seiner Obhut. Arns begründet diesen ersten Schritt so: „Wir konnten Wohnungen über 120 Mark nicht mehr ohne das Risiko von Regreßansprüchen wegen nicht rechtzeitiger Vermittlung vermieten. Bei den Einzelräumen lohnte sich der Arbeitsaufwand längst nicht mehr.“ Die zweite Stufe brachte die Freigabe der Wohnungen mit über 70 Mark Miete. Heute beschäftigen die Dame und den Herrn auf Zimmer 244 nur noch die Wohnungen der Sonderprogramme.

Acht neue Kardinäle

Rom (dpa/kna/ap). In einem geheimen Konsistorium hat Papst Johannes XXIII. acht Kardinäle kreiert. Zu den neuen Mitgliedern des Kardinalskollegiums gehören der deutsche Jesuitenpater Augustin Bea und der bisherige Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Aloysius Muench. An dem Konsistorium in dem mit rotem Damast geschmückten Konsistoriensaal des Vatikan-Palastes nahmen außer den 24 in Rom residierenden Kardinälen neun auswärtige Purpurträger teil, unter ihnen aus Deutschland die Erzbischöfe Frings und Wendel und der Bischof von Berlin, Döpfner.

In einer Ansprache vor dem Konsistorium hob Papst Johannes XXIII. als Haupt Sorge seines Hirtenamtes vor allem das Problem des Hungers in der Welt hervor.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Blichthofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: Die Träger der Nobelpreise 1959. Von links: Segre (USA/Physik), Ochoa (USA/Medizin), Heyrovska (CSR/Chemie), Chamberlain (USA/Physik), Birger Ekeberg, Vorsitzender des Nobelpreis-Komitees, Kornberg (USA/Medizin) und Quasimodo (Italien/Literatur). — Unten: Der Tradition entsprechend zogen Präsident Eisenhower und sein Sohn John die Schuhe aus, bevor sie einen Kranz von 500 Rosen und Chrysanthemen vor der Gedenkstätte für Mahatma Ghandi niederlegten.

